

PROFIL DAS MAGAZIN DER BUNDESTAGSFRAKTION GRÜN

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDESTAGSFRAKTION

CRISIS? WHAT CRISIS?

5 JAHRE NACH DEM PARISER KLIMAABKOMMEN



12/20

DIE KULTUR BRAUCHT JETZT UNS Kultur ist mehr als ein Sahnehäubchen für gute Zeiten, sie hat Verfassungsrang. Das muss sich auch in der Regierungspolitik widerspiegeln, fordern Katrin Göring-Eckardt, Erhard Grundl und Claudia Roth. **Seite 4**

KLIMAZIELE IN GEFAHR Fünf Jahre nach dem Pariser Klimaabkommen schreitet die Erderhitzung ungehemmt voran. Um die Klimaziele einzuhalten, muss auch Deutschland liefern. Das Titeldossier von Lisa Badum, Anton Hofreiter, Oliver Krischer und Annalena Baerbock. **Seite 8**

LIEBLINGXHAIN Ihr Twitter-Name ist Programm, nicht nur in Friedrichshain-Kreuzberg ist sie Anwältin der Schwächeren. Canan Bayram im Porträt von Gisela Hüber. **Seite 14**

USA NACH DER WAHL Amerika hat entschieden: Mit Joe Biden und Kamala Harris gibt es auch für Europa die Chance einer erneuerten Partnerschaft mit der Weltmacht. Ein Kommentar von Agnieszka Brugger und Jürgen Trittin. **Seite 16**

AUS DEN ARBEITSKREISEN Wir berichten über unsere parlamentarische Arbeit – in dieser Ausgabe von A wie Agrarreform bis Z wie Zukunftslabor. **Seite 18**

GRÜN UND GRÜNER Schlaglichter von unserem Gipfeltreffen zur Rettung der Innenstädte, vom Besuch der belarussischen Oppositionspolitikerin Tichanowskaja und der Verabschiedung von Katja Dörner und Stephan Kühn. **Seite 22**

Herausgeberin: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, 11011 Berlin, TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de,
V. i. S. d. P.: Sibylle Kraut-Eppich, Redaktion: Gisela Hüber, Tim Meyer, Gestaltung: Stefan Kaminski, Jakina U. Wesselmann, Oliver Geheeb,
 Druck: Dierichs Druck+Media Kassel, Papier: 90 g Revive Pure, Auflage: 114.000, erscheint auch als Anzeige im „Magazin der Grünen“, Redaktionsschluss: 24.11.2020, profil:GRÜN erscheint vier Mal im Jahr.



EDITORIAL



Foto: Xander Heintl/photothek.net

Liebe Leserin,
 lieber Leser,

vielen dauert es schon viel zu lange; die Corona-Krise scheint kein Ende zu nehmen. Damit stehen wir nicht alleine, die ganze Welt befindet sich ja im Krisenmodus.

Doch es gibt Hoffnung. Schon jetzt gibt es mehrere aussichtsreiche Kandidaten für einen Impfstoff. Noch nie in der Geschichte der Menschheit wurde ein Virus so schnell entschlüsselt und ein Impfstoff gefunden. Ein eindrucksvoller Beleg für die Kraft von Forschung und Wissenschaft.

Es bleibt also ein begrenzter Zeitraum, den wir gemeinsam noch durchstehen müssen. Wir haben schon so viel geschafft,

gerade auch dank der großen Bereitschaft so vieler Menschen, sich einzuschränken und Rücksicht zu nehmen. Jetzt geht es noch einmal um eine gemeinsame, eine solidarische Kraftanstrengung, um eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern und Leben zu schützen.

Als im November im Parlament eine Reform des Infektionsschutzgesetzes verabschiedet wurde, gab es Proteste bis hin zu verschwörungsideologischen und rechtsextremen Anfeindungen. Wir Grüne im Bundestag haben uns intensiv in die Ausformulierung des Gesetzes eingebracht und tragen es mit, weil es die demokratische Legitimierung und die Rechtsstaatlichkeit der Pandemiebekämpfung stärkt.

Für die nächsten Monate fordern wir nun von der Bundeskanzlerin und den Landesregierungen ein vorausschauendes Krisenmanagement, das sich nicht mehr von Woche zu Woche hangelt. Es braucht bundesweit einheitliche Regeln, abgestufte Maßnahmen nach regionalem Infektionsgeschehen und klare Kriterien. Wir Grüne im Bundestag haben besonders die Situation von Kindern, Jugendlichen und Familien im Blick, lange waren wir da die Einzigen. Schulen und Kitas offen zu halten hat für uns klare Priorität. Nach wie vor laden aber Bund und Landesminister*innen zu viel Verantwortung bei Lehrer*innen, Erzieher*innen und Eltern ab. Mehr Solidarität in dieser Krise brauchen auch Soloselbstständige, Kulturschaffende, die Veranstaltungs- und Gastronomiebranche. Sie sind existenziell von den Corona-Maßnahmen betroffen. Wir werden nicht nachlassen, hier Druck zu machen.

Es gibt noch andere Herausforderungen, sie dürfen nicht in den Hintergrund geraten. Das gilt ganz besonders für den Klimaschutz. Denn auch fünf Jahre nach dem Pariser Klimaabkommen sind den weitreichenden Vereinbarungen zu wenig Taten gefolgt. Die Klimakrise erreicht immer neue Eskalationsstufen. Die nächsten fünf bis zehn Jahre werden über unsere Zukunft entscheiden. Diese Chance dürfen wir nicht verstreichen lassen.

Anton Hofreiter

Dr. Anton Hofreiter
 Fraktionsvorsitzender



DIE KULTUR BRAUCHT JETZT UNS

VON KATRIN GÖRING-ECKARDT, ERHARD GRUNDL UND CLAUDIA ROTH

Wir vermissen viel in der Corona-Krise. Neben dem spontanen Kontakt mit anderen Menschen ist es vor allem der hautnahe Kontakt zu Kultur. Doch nicht nur wir brauchen die Kultur, sie braucht jetzt uns.

„Die Kneipen schließen, die Kinos auch/die Gelder fließen, die Tränen auch/woher sie kommen, weiß niemand so genau.“ Auf einer der vielen Videokonferenzen mit Kulturschaffenden, die wir als grüne Bundestagsfraktion gleich zu Beginn der Pandemie ins Leben riefen, trug Henning May von der Band AnnenMayKantereit dieses Gedicht vor. Bei aller Frustration und Trauer ist es doch beeindruckend, mit welcher kreativer Energie die Kulturszene der Krise begegnete und wie schnell sie neue Formen und Formate erfand. Da gab es allabendlich ins Netz übertragene Wohnzimmerkonzerte wie die des Komponisten und Pianisten Igor Levit, bei denen man schon mal die kuscheligen Puschen des Musikers im Hintergrund sehen konnte. Bei groß angelegten interaktiven Events wie der Johannes-Passion in der Leipziger Thomaskirche konnte die weltweite Bach-Community virtuell mitsingen. Kleine Outdoor-Veranstaltungen waren sogar live zu erleben, etwa die Veranstaltungsreihe „20 Sunsets“ auf dem Dach des Hauses der Kulturen der Welt in Berlin mit Liegestühlen und Abstandsregeln oder Kopfhörerkonzerte in öffentlichen Parks.

Das alles zeigt: Kultur trotz Corona, wo immer es geht. In den besten Fällen tun sich so in der Krise neue ästhetische Erfahrungswelten auf. Und doch fehlt etwas, wenn wir zu Hause am Bildschirm kleben oder mit Sicherheitsabstand unter freiem Himmel Kulturveranstaltungen besuchen: die direkte Begegnung, die physische Nähe, die „soziale Dichte“. Der Mensch ist ein soziales und kulturelles Wesen, er braucht die anderen als Resonanzraum, als Verstärker von Gefühlen und Wahrnehmungen. Kultur ist ein zentraler Ankerpunkt für dieses menschliche Grundbedürfnis, sie ist ein Lebenselixier. Dass die Bedeutung von Kultur derzeit stärker ins öffentliche Bewusstsein rückt, ist vielleicht einer der wenigen positiven Aspekte dieser Krise. Kultur, das merken jetzt viele, ist mehr als ein Sahnehäubchen in guten Zeiten. Sie ist ganz entscheidend für unsere Demokratie, für die offene Gesellschaft und für unsere Persönlichkeitsbildung. Auch ihre volkswirtschaftliche Rolle ist enorm: 2019 betrug die Bruttowertschöpfung der Kultur- und Kreativwirtschaft 106,4 Milliarden Euro, knapp zwei Millionen Menschen arbeiten in der Branche.

Foto: REUTERS/Juan Medina

VON NORMALITÄT NOCH WEIT ENTFERNT

Zwar wurde der Kulturbetrieb im Sommer behutsam hochgefahren, Kinos und Theater nahmen zaghaft ihren Spielbetrieb auf und die Museumstüren standen – wenn auch mit Einschränkungen – wieder offen. Die Ticketkapazitäten waren jedoch in der Regel gering und schnell ausgebucht. Angesichts steigender Corona-Fallzahlen wurde im November das kulturelle und öffentliche Leben erneut heruntergefahren, die Kulturbranche muss sich in einen neuerlichen Shutdown fügen. Von einer Rückkehr zur Normalität kann also noch lange keine Rede sein. Wir Grüne im Bundestag tragen diese Einschnitte notgedrungen mit. Aber für die Zeit danach erwarten wir eine klare Strategie, die kulturelles Leben unter allen nötigen Vorsichtsmaßnahmen ermöglicht. Wir haben unsere Forderungen auf den Tisch gelegt. Insbesondere sollte die Bundesregierung Kultur nicht als „nice to have“ verstehen. Inzwischen hat sie auf unser Drängen hin im neuen Bevölkerungsschutzgesetz anerkannt, dass Kunst und Kultur einen besonderen Verfassungsrang haben und mehr sind als bloße Freizeitgestaltung.

Viele Angebote verdanken wir allein dem Enthusiasmus und der Kreativität der Veranstalter*innen – gerade im privatwirtschaftlichen Bereich sind sie oft genug nur als Verlustgeschäfte möglich. Eine Kinovorführung mit Abstandsregeln rechnet sich kaum, ebenso wenig wie ein Konzert vor 100 statt vor 2.000 Zuschauer*innen. Deshalb braucht die Kulturveranstaltungsbranche jetzt unsere Solidarität.

ES GEHT UM DIE EXISTENZ

Durch öffentliche Gelder Kultur ermöglichen, statt die kulturelle Infrastruktur veröden zu lassen – die Grundidee des Regierungsprogramms „Neustart Kultur“ ist richtig. Dennoch ist das Programm unzureichend und greift nicht, wie es das im aktuellen Shutdown sollte. Die Mittel fließen nur langsam ab und vor allem freischaffende Künstler*innen fallen durchs Raster. Oft können sie sich nicht direkt um Gelder bewerben oder Hilfen sind an Voraussetzungen geknüpft, die viele freischaffende Künstler*innen und Kreative in der extrem angespannten Situation nicht erfüllen können.

Auch die Überbrückungs- und die aktuellen Novemberhilfen klingen als Ankündigung gut, gehen aber an der Lebensrealität freischaffender Kreativer und der Kultur- und Veranstaltungswirtschaft vorbei. Bis Mitte November konnten die „Novemberhilfen“ noch nicht einmal beantragt werden. Gerade im Kulturbereich sind sehr viele als Soloselbstständige unterwegs. Während Angestellte in Betrieben sinnvollerweise Kurzarbeitergeld erhalten, werden sie von der Bundesregierung weiterhin auf die „Grundsicherung“ verwiesen, obwohl sie weder „arbeitslos“ noch „arbeitssuchend“ sind. Dabei bedeutet Corona für viele von ihnen schlicht ein „Arbeitsverbot“. Die Unterstützung bei Betriebskosten hilft den allermeisten nicht weiter. Der Sänger, der zu Hause übt, die Künstlerin mit kleinem Atelier oder der Autor, der am heimischen Küchentisch schreibt, sie alle haben kaum Betriebsausgaben. Zudem kann von einem „erleichterten“ Zugang zur Grundsicherung in der Pandemiezeit, den die Bundesregierung immer wieder beschwört, keine Rede sein. In den Arbeitsagenturen – auch das wurde uns aus der Kulturszene gemeldet – gibt es nach wie vor wenig Verständnis für die Arbeits- und Lebenssituation der Soloselbstständigen im Allgemeinen und der freien Kulturschaffenden im Besonderen.

Gerade die soloselbstständigen Kulturproduzent*innen bilden aber die Basis unserer kulturellen Vielfalt. Jede Museumsschau, jedes Theaterstück, jedes Konzert lebt von vielen einzelnen Künstler*innen. Nicht zu vergessen diejenigen, die im Hintergrund die Logistik am Laufen halten. Wir als grüne Bundestagsfraktion sind Fürsprecher all dieser Kulturschaffenden und des vielfältigen Netzwerks von Dienstleister*innen. Dazu gehört, sie in dieser Krise abzusichern. Bereits im ersten Shutdown haben wir ein pauschales, monatliches Selbstständigengeld für die Szene der Freischaffenden ins Gespräch gebracht. Das grün regierte Baden-Württemberg hat es vorgemacht: Während in den allermeisten anderen Bundesländern nur Betriebskosten kompensiert werden, können im Ländle Lebenshaltungskosten im Rahmen eines fiktiven Unternehmerlohns ausgeglichen werden. Wir fordern bundeseinheitlich eine Hilfe von 1.200 Euro monatlich, rückwirkend für die Zeit der Pandemie und über die aktuellen Beschränkungen hinaus. Die Bundesregierung muss endlich ihren Widerstand dagegen aufgeben, denn gerade die freien Kreativen werden noch länger mit den Folgen zu kämpfen haben.

Foto: Julia Sellmann/taf

DEN KULTURELLEN KAHLSCHLAG AUFHALTEN

Viele soloselbstständige Kulturmacher*innen fühlen sich in dieser Krise von den politisch Verantwortlichen im Stich gelassen. Auf dem „Flickenteppich“ der Corona-Maßnahmen, von dem in der politischen Debatte häufig die Rede ist, bewegen sich vor allem die Künstler*innen und Kreativen. Wichtig sind deshalb mehr Transparenz und eine Not-Anlaufstelle, die Kulturschaffende und Kultureinrichtungen über Unterstützungsmaßnahmen informiert. Kultur braucht Ansprechpartner*innen in der Politik. Obwohl wir als Oppositionsfraktion nicht an den Geldtöpfen sitzen, haben wir in den letzten Monaten diese Rolle eingenommen. Besonders eindringliche Appelle erreichten uns aus der Veranstaltungsbranche. Hier gilt mehr als irgendwo sonst „First out – last in“: Club- und Konzertveranstalter*innen mussten als Erste den Betrieb einstellen und werden als Letzte wieder richtig durchstarten können. Bis heute weiß niemand, wann Konzerte und Festivals, Comedy und Kabarett, Buchmessen, Theater, Musicals und vieles mehr wieder im gewohnten Umfang stattfinden dürfen. Viele Veranstalter*innen steuern bereits auf die Insolvenz zu.

Die Folgen eines kulturellen Kahlschlags wären dramatisch: An vielen Orten müssten wir auf lieb gewonnene Kulturerlebnisse verzichten, wenn sie dauerhaft verschwinden. Um eine flächendeckende Insolvenz abzuwenden, haben wir im Oktober unseren „10-Punkte-Plan zur Rettung der Veranstaltungswirtschaft“ vorgestellt und bereits in einen parlamentarischen Antrag überführt. Wir fordern darin unter anderem ein nachhaltiges Überbrückungsprogramm für die Veranstaltungsbranche. Zugleich müssen bei regelmäßigen Krisendialogen die Expert*innen der Branche zu Wort kommen. Wichtiger denn je ist es auch, Kulturorte vor Gentrifizierung und Verdrängung zu schützen.

KULTUR IST SYSTEM-RELEVANT

Es geht jetzt darum, keine Zeit zu verlieren. Was in ganz Deutschland an kultureller Vielfalt und Infrastruktur wegbricht, ist vorerst verloren. Ein Neuaufbau wäre um ein Vielfaches teurer, als jetzt unbürokratisch, schnell und wirksam zu helfen. Die Corona-Krise zeigt wie ein Kontrastmittel, auf welch dünnem Eis der Kulturbetrieb steht. Viele Kreative können kaum Rücklagen bilden oder brauchen diese für die Altersvorsorge. Wenn es kulturpolitische Lehren aus der Pandemie zu ziehen gibt, dann die, dass der Kulturbetrieb krisenfester und auf eine sichere Grundlage gestellt werden muss.

Eine „Post-Corona-Politik“ muss deshalb die Situation der Kultureinrichtungen und freien Kulturschaffenden nachhaltig verbessern. Dazu gehört, dafür zu sorgen, dass soloselbstständige Kreative fair vergütet und sozial abgesichert werden. Auch all das, was jetzt im Netz an Kultur stattfindet, muss angemessen bezahlt werden. Sonst profitieren als Einzige die großen Plattformen davon. Die grüne Bundestagsfraktion wird sich weiterhin für die Kulturszene einsetzen. Denn, das wurde uns doch allen klar, als das Virus kam: Kultur ist und bleibt Lebenselixier und hält unsere Demokratie am Leben.

www.gruene-bundestag.de/kultur



KATRIN GÖRING-ECKARDT
Fraktionsvorsitzende



CLAUDIA ROTH
Bundestagsvizepräsidentin



ERHARD GRUNDL
Sprecher für Kulturpolitik

FÜNF JAHRE SIND SEIT DEM PARISER KLIMAABKOMMEN VERGANGEN. DIE BILANZ FÄLLT MAGER AUS. ALLERHÖCHSTE ZEIT, JETZT DURCHZUSTARTEN. AUCH DIE CORONA-KRISE DARF DIE WELTGEMEINSCHAFT NICHT DARAN HINDERN.

An einem kalten Dezembertag 2015 wurde in Paris Geschichte geschrieben. Nach vielen gescheiterten Klimakonferenzen erzielten die Staaten der Erde einen historischen Durchbruch. Die Staatengemeinschaft verpflichtete sich, den Anstieg der durchschnittlichen Erdtemperatur auf deutlich unter 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu halten und zusätzliche Anstrengungen zu unternehmen, um den Temperaturanstieg möglichst auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Das Abkommen hat den Grundstein gelegt, um eine unkontrollierbare, katastrophale Erderhitzung abzuwenden. Die Weltgemeinschaft hat damit noch eine Chance, die sogenannten Kippunkte, also sich selbst verstärkende und unumkehrbare Schäden im Klimasystem, in letzter Sekunde zu verhindern.

TREIBHAUSGASEMISSIONEN STEIGEN WEITER

Das Abkommen wurde in Rekordzeit ratifiziert und trat bereits ein Jahr nach seiner Verabschiedung in Kraft. Doch seitdem ist viel zu wenig passiert. Die globalen Emissionen sind bis heute nicht gesunken. Weltweit hat sich die Temperatur bereits um 1,2 Grad erhöht. Im September 2020 erreichte die Konzentration von Kohlendioxid einen neuen Höchstwert. Kein Wunder – noch immer wird der Großteil der Energie aus den fossilen Energieträgern Öl, Gas und Kohle gewonnen, werden neue fossile Kraftwerke und Pipelines gebaut. Auch dass die USA unter Trump aus dem Abkommen ausgestiegen sind, hat den internationalen Klimaschutz nicht weitergebracht. Global wie auch bei uns in Europa wurde zu wenig getan, um das Abkommen umzusetzen. Schnelle und wirksame Maßnahmen zum Kohleausstieg lassen weltweit auf sich warten.

Jüngstes Beispiel einer Politik des „Weiter so“ sind die aktuellen europäischen Beschlüsse zur Fortführung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP). Nach derzeitigem Verhandlungsstand würde damit ein Drittel aller Gelder, die Europa in den nächsten sieben Jahren ausgibt, ohne nennenswerte Klima- und Umweltauflagen vergeben. Zahlungen würden weiterhin nur an Fläche und Grundbesitz geknüpft.

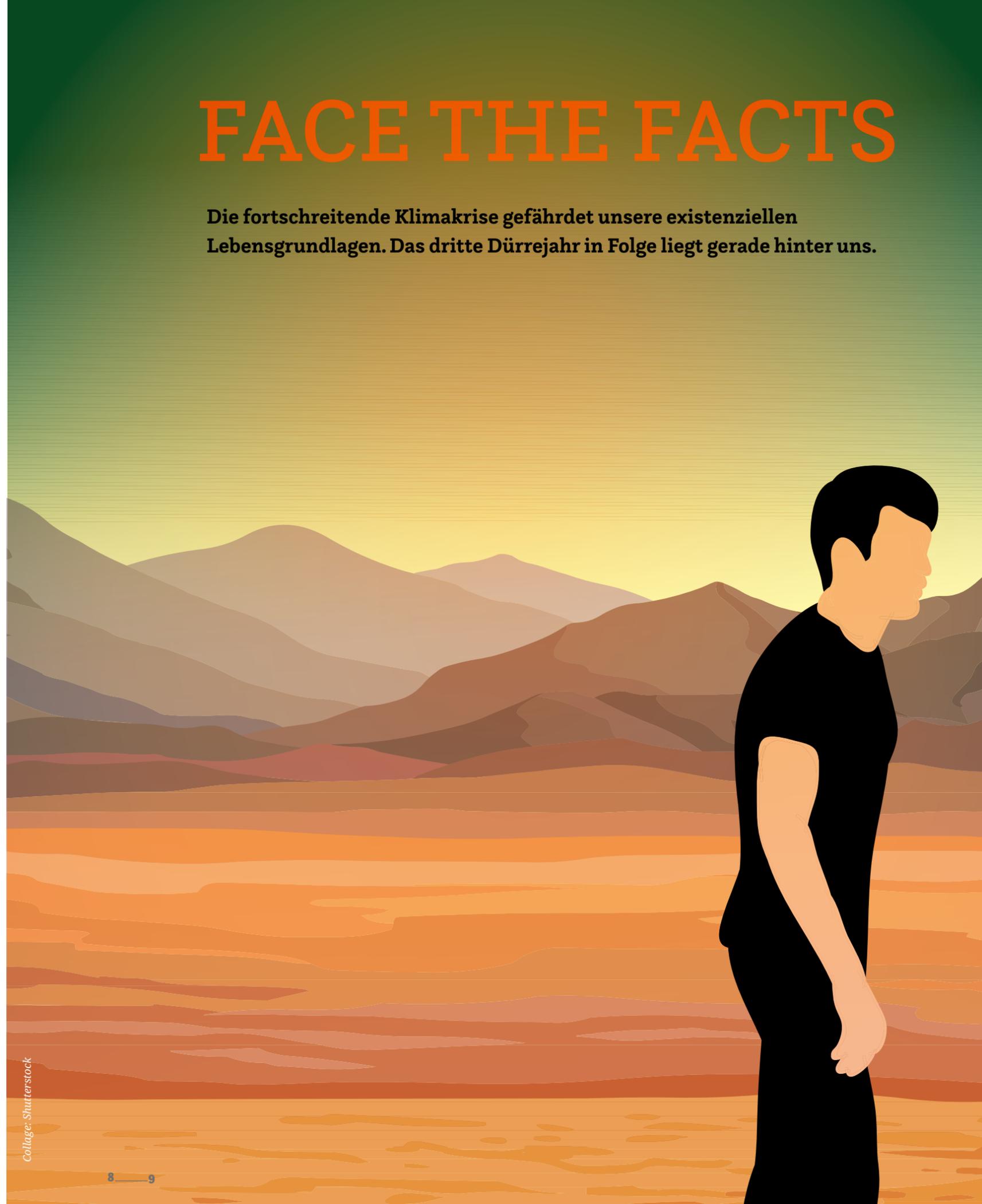
Seit fast einem Jahr hat eine weitere globale Krise die Welt fest im Griff. Die Corona-Pandemie bedeutet eine enorme Belastung für Menschen, Wirtschaft und unsere Demokratie. Doch die Klimakrise macht wegen der Corona-Krise keine Pause.

KLIMAWISSENSCHAFT MAHNT

Es besteht also massiver Handlungsbedarf. Jeder Tag lässt uns deutlicher spüren, wovor uns die Klimawissenschaft seit Jahren warnt: Die fortschreitende Klimakrise gefährdet unsere existenziellen Lebensgrundlagen. Das dritte Dürrejahr in Folge liegt gerade hinter uns, in einigen Kommunen wurde bereits das Wasser knapp. Hitzewellen, Wassermangel und ein Waldsterben ungekannter Dimension kennzeichnen die neue Realität. Von Sibirien über Kalifornien und Australien bis hin zum Amazonas brennen die Wälder. Weltweit leidet die Natur, in heißen Sommern sterben mehr Menschen an der Hitze. Missernten und der Verlust von Lebensraum zwingen schon heute jährlich über 20 Millionen Menschen, ihre Heimat zu verlassen. Dabei hat sich die Erde gerade erst knapp über ein Grad erhitzt. Die Wissenschaft hat in den vergangenen fünf Jahren neue Erkenntnisse geliefert und den Wissensstand um das Ausmaß der globalen Klimakrise weiter erhärtet. So wurden die Klimamodelle noch präziser und Zusammenhänge im Weltklima klarer erkennbar, die Folgen für Umwelt, Wirtschaft und Weltbevölkerung lassen sich immer deutlicher beziffern.

FACE THE FACTS

Die fortschreitende Klimakrise gefährdet unsere existenziellen Lebensgrundlagen. Das dritte Dürrejahr in Folge liegt gerade hinter uns.



DEUTSCHLAND NICHT AUF KURS

Auch Deutschland ist längst nicht auf Kurs. Das nationale Klimaziel für das Jahr 2020 lautete, den Ausstoß von Treibhausgasen um 40 Prozent zu verringern. Dass die Bundesregierung dieses Ziel erreicht, beruht allerdings nicht auf eigenen Anstrengungen. Vielmehr gingen die Emissionen in diesem Jahr durch den Corona-Shutdown in Deutschland kurzfristig zurück. Hinzu kamen die milden Winter in den vergangenen Jahren, die für einen geringeren Verbrauch an fossilen Heizstoffen sorgten. Eine grundlegende sozial-grüne Wende ist dagegen nicht in Sicht. Besonders wenig hat sich im Verkehrssektor getan: Hier sind die Emissionen seit 1990 faktisch nicht gesunken. Die Zahl klimaschädlicher SUVs nimmt weiter zu. Den allergrößten Teil der Güter karren nach wie vor schwere Lkw über unsere Straßen und der Straßenbau genießt weiterhin Priorität in der Regierungspolitik. Mit Klimaschutz hat all das nichts zu tun.

KLIMASCHUTZPROGRAMM WEIT-GEHEND WIRKUNGSLOS

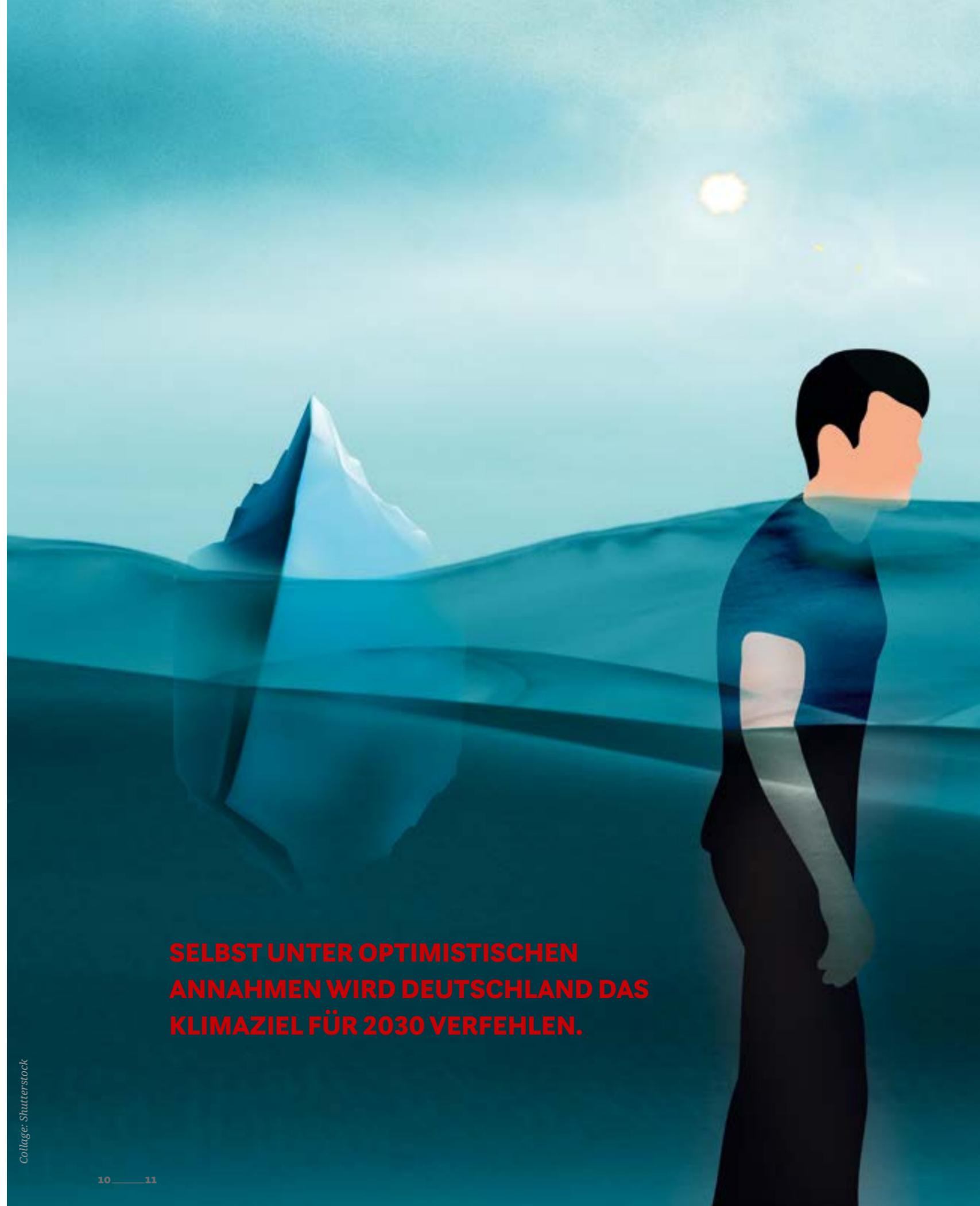
Erst im letzten Herbst kam, vor allem auf Druck der Klimabewegung, das Klimaschutzprogramm 2030 zustande. Doch auch das hat keinen Kurswechsel eingeleitet. Die jährlichen Klimaschutzberichte der Bundesregierung dokumentieren das Versagen von Union und SPD. Selbst unter optimistischen Annahmen wird Deutschland das Klimaziel für 2030 verfehlen. Eine Klimaschutzlücke von mindestens 55 bis 70 Millionen Tonnen CO₂ wird offen bleiben. Grund dafür ist neben der verschleppten Verkehrswende ein viel zu später Kohleausstieg. Die Bundesregierung hat den mühselig ausgehandelten Kohlekompromiss einseitig zulasten des Klimaschutzes aufgekündigt. Allein damit steigt sie de facto aus dem Pariser Klimaabkommen aus. Ein ähnliches Bild bieten die Beschlüsse zum CO₂-Preis. Zwar wurde der nationale CO₂-Preis auf Druck der grün regierten Bundesländer im Vermittlungsausschuss etwas erhöht und sozialer ausgestaltet. Doch er ist nach wie vor zu niedrig und wird auf absehbare Zeit nicht die notwendige Wirkung erzielen.

ENERGIEWENDE WIRD AUSGEBREMST

Das Herzstück des Klimaschutzes muss der Ausbau der erneuerbaren Energien sein. Seinerzeit von Rot-Grün mit großen Erfolgen auf den Weg gebracht, wurde die Energiewende jedoch von Union und SPD abgewürgt. 2019 gingen so wenig neue Windkraftanlagen in Betrieb wie seit 20 Jahren nicht mehr. Allein in den letzten drei Jahren gingen 36.000 Jobs in der Windbranche verloren, mittlerweile droht sogar ein Rückbau von Windenergieanlagen. So fehlt der Industrie die notwendige Planungs- und Investitionssicherheit für eine Zukunft ohne Kohle. In den Bereichen Verkehr und Gebäude mangelt es an der Grundlage, auf strombasierte Prozesse umzustellen. Da hilft es wenig, wenn Bundesminister Altmaier zuletzt Fehler im Klimaschutz eingeräumt und einen enormen Nachholbedarf festgestellt hat.

ANDERERSEITS: RÜCKENWIND FÜR VERÄNDERUNG

Trotz aller schlechten Nachrichten, es gibt auch Hoffnung. Denn nie war die gesellschaftliche Zustimmung zum Klimaschutz größer. Millionen meist jüngere Menschen gehen für ihre Zukunft auf die Straße und verlangen die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens. Klimaschutz ist auf der Tagesordnung und ganz oben auf den Titelseiten angekommen. Das hat Folgen: den Green Deal der Europäischen Union etwa. Die EU-Kommission will die EU in eine ressourceneffiziente, wettbewerbsfähige und nachhaltige Wirtschaft überführen. Die europäische Staatengemeinschaft soll bis 2050 klimaneutral werden. Dazu hat die EU-Kommission bereits Anfang März 2020 einen Vorschlag für ein europäisches Klimagesetz vorgelegt. Und das Europäische Parlament hat einen historischen Beschluss gefasst, der vorsieht, den CO₂-Ausstoß bis 2030 um 60 Prozent zu verringern. Damit gibt Europa auch der deutschen Klimapolitik neuen Schub. Mit diesen ehrgeizigen europäischen Klimazielen ist klar, dass es klimapolitisch notwendig ist, die Kohleverstromung bis spätestens 2030 zu beenden. Durch die Energiepolitik der Bundesregierung und ihr Kohleausstiegsgesetz wird dies jedoch massiv erschwert.



SELBST UNTER OPTIMISTISCHEN ANNAHMEN WIRD DEUTSCHLAND DAS KLIMAZIEL FÜR 2030 VERFEHLEN.

USA WERDEN WIEDER KLIMASCHUTZ-PARTNER

Mit der Wahl des neuen US-Präsidenten Joe Biden können die USA wieder zum Partner beim Klimaschutz werden. Der designierte Präsident hat bereits angekündigt, dass die USA dem Pariser Klimaabkommen wieder beitreten werden. Joe Biden hat zudem ein starkes Klimaschutz- und Jobprogramm angekündigt. Der Wettlauf um die grünste Wirtschaft kann beginnen.

EUROPA KANN ETWAS BEWIRKEN

Der europäische Green Deal ist auch Erfolg und Ergebnis des Abkommens von Paris. Und er wird Strahlkraft auf andere Länder und Regionen der Welt haben. Denn wer zukünftig noch auf dem europäischen Markt vertreten sein will, egal ob die USA, China oder Brasilien, wird sein Angebot wohl oder übel darauf einstellen müssen. Produkte und Dienstleistungen müssen sich am Ziel der Treibhausgasneutralität orientieren. Es ist sicher kein Zufall, dass erst kürzlich der chinesische Staatspräsident Xi Jinping ankündigte, sein Land wolle bis zum Jahr 2060 treibhausgasneutral werden. Allein das würde die Erhitzung des Planeten bis zum Ende des Jahrhunderts um 0,3 Grad bremsen. Das Ergebnis der US-Wahl lässt darauf hoffen, dass sich künftig auch die Vereinigten Staaten einer ambitionierteren Klimapolitik verschreiben werden.

Nicht nur das. Unter dem Dach der „Under2Coalition“ haben sich zahlreiche Regionen und Städte der Welt zusammengeschlossen und sich dem Ziel von Paris verpflichtet, die globale Erhitzung auf unter 2 Grad zu begrenzen. Mitglieder sind unter anderen der US-amerikanische Bundesstaat Kalifornien und das Bundesland Baden-Württemberg.

UNTERNEHMEN MACHEN SICH AUF DEN WEG

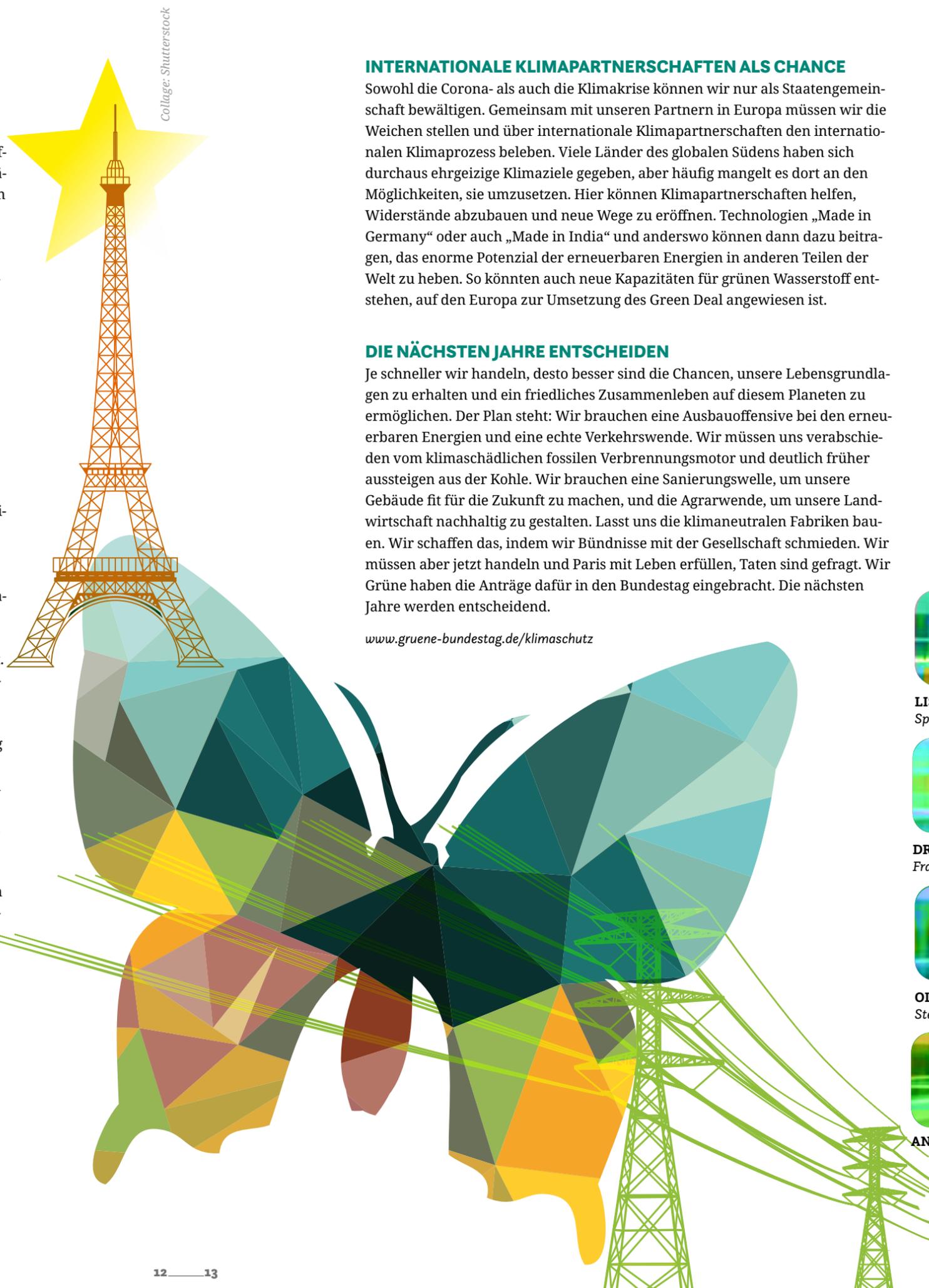
Auch viele deutsche und europäische Unternehmen machen sich auf den Weg. Ging es vor Paris häufig noch um die Frage des „Ob“, so geht es heute um die Frage des „Wie“. Auch Autogewerkschaften sprechen sich im Zusammenhang mit Konjunkturpaketen inzwischen gegen Kaufprämien für fossile Pkw aus. Unternehmen aus der Grundstoffindustrie wie Stahl oder Chemie erarbeiten inzwischen Dekarbonisierungspläne. Ihre Initiativen zur Einhaltung des 2-Grad-Limits wären ohne das Abkommen von Paris so kaum möglich gewesen.

INNOVATIONEN DANK KLIMASCHUTZ

Klima- und Umweltschutz sind gut für Wirtschaft und Wohlstand – und der beste Ansatz, unser Land konsequent zu modernisieren. Klimaschutz macht uns unabhängiger von Rohstoffimporten, bringt Wertschöpfung und zukunftsfähige Beschäftigung im Land. Zugleich vermeiden wir, kommende Generationen weiter zu belasten. Beinahe 2,8 Millionen Menschen arbeiten allein in Deutschland im Umweltschutz. 2017 hatten deutsche Umweltschutzgüter einen Welt Handelsanteil von 13,6 Prozent, damit lag Deutschland weltweit an zweiter Stelle hinter China. Viele Unternehmen bestätigen die innovationstreibende Wirkung einer verlässlichen Umweltpolitik.

DEUTSCHLAND MUSS VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

Es kommt auf Deutschland an. Sowohl bei der Umsetzung des Green Deal in Europa als auch mit Blick auf eine wirksame nationale Klimapolitik. Deutschland gehört zur Spitzengruppe der Staaten mit den höchsten Treibhausgasemissionen und belegt dort Platz sieben. Wichtige Entscheidungen, wie etwa zum europäischen Klimaschutzgesetz, der gemeinsamen Agrarpolitik oder zum EU-Haushalt, fallen in den Zeitraum der aktuellen deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Im Dezember müssen die Staaten höhere Klimaziele nach Paris melden, um ihren Verpflichtungen aus dem Klimaabkommen nachzukommen. Europa muss bis 2030 eine Emissionsminderung um 65 Prozent anstreben. Es ist Aufgabe der Bundesregierung, hier ein starkes Klimaziel von den europäischen Partnern einzufordern und den nötigen Ausbau der erneuerbaren Energien voranzubringen. Auch bei der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) steht die Bundesregierung in der Verantwortung. Sie hat es in der Hand, bei den weiteren Verhandlungen zwischen Kommission, Rat und Europaparlament deutliche Verbesserungen für Klima- und Umweltschutz zu erreichen.



INTERNATIONALE KLIMAPARTNERSCHAFTEN ALS CHANCE

Sowohl die Corona- als auch die Klimakrise können wir nur als Staatengemeinschaft bewältigen. Gemeinsam mit unseren Partnern in Europa müssen wir die Weichen stellen und über internationale Klimapartnerschaften den internationalen Klimaprozess beleben. Viele Länder des globalen Südens haben sich durchaus ehrgeizige Klimaziele gegeben, aber häufig mangelt es dort an den Möglichkeiten, sie umzusetzen. Hier können Klimapartnerschaften helfen, Widerstände abzubauen und neue Wege zu eröffnen. Technologien „Made in Germany“ oder auch „Made in India“ und anderswo können dann dazu beitragen, das enorme Potenzial der erneuerbaren Energien in anderen Teilen der Welt zu heben. So könnten auch neue Kapazitäten für grünen Wasserstoff entstehen, auf den Europa zur Umsetzung des Green Deal angewiesen ist.

DIE NÄCHSTEN JAHRE ENTSCHEIDEN

Je schneller wir handeln, desto besser sind die Chancen, unsere Lebensgrundlagen zu erhalten und ein friedliches Zusammenleben auf diesem Planeten zu ermöglichen. Der Plan steht: Wir brauchen eine Ausbauoffensive bei den erneuerbaren Energien und eine echte Verkehrswende. Wir müssen uns verabschieden vom klimaschädlichen fossilen Verbrennungsmotor und deutlich früher aussteigen aus der Kohle. Wir brauchen eine Sanierungswelle, um unsere Gebäude fit für die Zukunft zu machen, und die Agrarwende, um unsere Landwirtschaft nachhaltig zu gestalten. Lasst uns die klimaneutralen Fabriken bauen. Wir schaffen das, indem wir Bündnisse mit der Gesellschaft schmieden. Wir müssen aber jetzt handeln und Paris mit Leben erfüllen, Taten sind gefragt. Wir Grüne haben die Anträge dafür in den Bundestag eingebracht. Die nächsten Jahre werden entscheidend.

www.gruene-bundestag.de/klimaschutz



LISA BADUM
Sprecherin für Klimapolitik



DR. ANTON HOFREITER
Fraktionsvorsitzender



OLIVER KRISCHER
Stellv. Fraktionsvorsitzender



ANNALENA BAERBOCK

Ihrer Nähe zu den Menschen verdankt Canan Bayram das einzige grüne Direktmandat im Bundestag. Als konsequente Streiterin für Recht und Gerechtigkeit macht sie sich aber nicht nur Freunde.

Friedrichshain – sitzungsfreie Woche im Deutschen Bundestag. Für Canan Bayram steht die Arbeit in ihrem Wahlkreis an. Die Verdrängung der Menschen aus ihrem Kiez ist ein Topthema auf ihrer Agenda. Auch ihre Wohnung ist von den spekulativen Interessen eines skandinavischen Großinvestors betroffen. Trotz Corona macht sie sich vor Ort ein Bild, dann eben mit Maske. „Ich sage immer: Bevor ihr mir erklärt habt, was Sache ist, komm ich lieber rum und schau es mir an. Inaugenscheinnahme nennen wir Jurist*innen das“, erklärt sie mit einem Augenzwinkern. „Wir sehen uns hier im Kiez als Vorreiter einer Gesellschaft, die niemanden ausgrenzt. Wovon man anderswo träumt, das leben wir schon.“ Auch die Verkehrspolitik beschäftigt hier viele Menschen, sie wollen sichere Straßen für Kinder, bessere Radwege. Tatsächlich ist die Straßenverkehrsordnung das Problem, sagt sie, also Bundesrecht. „Im Moment gilt das Recht des Stärkeren: Autofahrer*innen verdrängen Radfahrer*innen, die wiederum verdrängen die Fußgänger*innen. Und das müssen wir dringend ändern.“

Sie selbst ist viel mit dem Fahrrad und zu Fuß unterwegs in ihrem Kiez, Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost. Es ist der ehemalige Wahlkreis von Hans-Christian Ströbele, in dessen Fußstapfen sie getreten ist und dessen Rat sie schätzt. Sein Direktmandat hat sie neu erkämpft, zuvor hatte sie auch ihren Sitz im Berliner Abgeordnetenhaus dreimal direkt geholt. „Mir hat mal jemand gesagt: Sie wähle ich, ich weiß ja, wo ich Sie finde.“ *LieblingXhain* – ihr Twitter-Name ist Programm. Tatsächlich bedeutet ihr Vorname Canan „Liebling“, Everybody's Darling ist sie deswegen noch lange nicht. Im Zweifel für den Wählerauftrag, auch wenn es Partei oder Fraktion nicht immer gefällt.

Sie spricht überlegt, mit sanfter, leicht angerauter Stimme. Hin und wieder blitzt der Zungenschlag ihrer Jugendjahre am Niederrhein durch. Als Sechsjährige kommt sie mit ihren Eltern und vier Geschwistern aus dem türkischen Malatya nach Deutschland. Der Vater arbeitet als Lehrer, die Mutter, gelernte Hebamme, in der Fabrik. Canan bricht das Gymnasium für eine kaufmännische Ausbildung ab. Schon früh stellt sie sich auf die Seite derer, die Unrecht erfahren. Mitte 20 holt sie auf dem zweiten Bildungsweg das Abitur nach und studiert in Bonn Rechtswissenschaft. Als Juristin arbeitet sie in verschiedenen Bundesministerien und zieht nach Berlin.

1999 steigt sie bei der SPD ein, weil sie das rot-grüne Projekt toll findet. Zehn Jahre später wechselt sie zu den Grünen. Sie hat es nicht bereut: „Die Grünen haben eine Streitkultur. Im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit ist die grüne Bundestagsfraktion weiter, als die SPD es je war“, sagt sie.

Ihre Waffen sind Gesetze, die den Schwächeren mehr Rechte an die Hand geben. Zum Beispiel kleineren Läden wie Cafés oder Buchhandlungen, die durch horrenden Mieterhöhungen in ihrer Existenz bedroht sind. „Wen wundert es da, wenn unsere Städte nur noch von irgendwelchen Ketten besiedelt werden.“ Mit einem neuen Gewerbemietrecht will sie die kleinen Ladenbesitzer*innen schützen. „Wo der Staat Gerechtigkeitslücken lässt, stehe ich als Abgeordnete in der Verantwortung, sie zu schließen.“ Signifikant wichtig findet die Rechtspolitikerin deshalb auch die Rassismusstudie zur Polizei. „Wenn ich Opfer einer Straftat bin und als migrantisch markierter Mensch selbst verdächtigt werde, dann ist die Polizei tatsächlich in einer Krise.“ Mit ihrer Bundestagsarbeit ist die 54-Jährige ganz zufrieden, aber sie will mehr. „Wir müssen den Klimawandel stoppen, wenn wir den Weltfrieden sichern wollen – das wird für mich immer drängender. Europa ist wichtig als Rechtsraum, aber auch als Friedensmacht.“

Sind ihre Eltern stolz darauf, was ihre Tochter erreicht hat? „Mein Vater findet schon ganz gut, was ich so mache.“ Ein bisschen liegt die Politik vielleicht doch in der Familie. Der Großvater mütterlicherseits war Politiker, seine Sturheit wird auch ihr nachgesagt, erzählt sie amüsiert. Ihre Tochter geht in Begleitung der Mutter zu Fridays for Future, zu Black Lives Matter aber lieber mit den Freundinnen. Wie hält sie es mit den Dingen, die das Leben für andere erst lebenswert machen: Freizeit, Sport, Essen gehen, Kultur? Nach kurzem Nachdenken die Antwort: „Ja, ichnehm alles.“ Ihr Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg bietet ja die ganze Vielfalt. Ein Paradies? Mit solchen Begriffen ist sie vorsichtig, aber: „schon schön“

@LieblingXhain

TEXT: GISELA HÜBER, FOTO: STEFAN KAMINSKI

ÜBER HOFFNUNG, DIE ZERRISSENHEIT EINER GROSSMACHT UND DIE FOLGEN FÜR DIE TRANSATLANTISCHEN BEZIEHUNGEN. EIN KOMMENTAR.

DIE USA NACH DEN WAHLEN

Der 46. Präsident der USA wird ein Demokrat sein und Joe Biden heißen. An seiner Seite wird mit Kamala Harris eine schwarze Frau zur ersten Vizepräsidentin in der Geschichte der USA – ein feministischer Erfolg mit großer Symbolkraft über die Grenzen des Landes hinaus. Dass Donald Trump das Weiße Haus verlassen muss, löst bei vielen Menschen weltweit Erleichterung, Freude und Hoffnung aus. Die Wahlen haben auch gezeigt, wie lebendig und widerstandsfähig die US-amerikanische Demokratie ist. Schätzungen zufolge gaben 160 Millionen Amerikaner*innen ihre Stimme ab, 67 Prozent aller Wahlberechtigten. So hoch war die Wahlbeteiligung seit 120 Jahren nicht. Beide Parteien haben auch neue Wähler*innen mobilisiert. Der Kampf um das Electoral College war ein Kopf-an-Kopf-Rennen, bei dem jede Stimme in zentralen Bundesstaaten zählte. Für Donald Trump entschieden sich 47,6 Prozent der Wähler*innen – trotz weit über 230.000 Corona-Toten, einer Lawine von Lügen und seines offen zur Schau gestellten Rassismus. Für Joe Biden aber stimmten 50,6 Prozent. Mit einer Mehrheit von sechs Millionen Stimmen entschied er die Popular Vote klar für sich. Es ist noch offen, ob Biden eine hauchdünne demokratische Mehrheit im Senat erhalten wird, wahrscheinlich haben die Republikaner knapp die Nase vorn. Strukturelle Reformen in der amerikanischen Politik würde das deutlich erschweren.

ES WIRD KEIN SPAZIERGANG

Die USA sind ein tief gespaltenes Land, auch das lässt sich an dieser Wahl ablesen. Es gab keinen Erdrutschsieg für Joe Biden und auch keine blaue Welle für die Demokraten. Angesichts des knappen Ergebnisses und der tiefen gesellschaftlichen Gräben wird es für den President-Elect und seine designierte Stellvertreterin nicht leicht, ihr Versprechen auf Versöhnung und Heilung einzulösen. Die politische Polarisierung wuchs mit der eskalierenden ökonomischen Spaltung der USA. Sie befeuert die Trennung von Stadt und Land, den Kampf zwischen weißen Rassist*innen, ja bekennenden Nazis, und Menschen, die das Ende der strukturellen Benachteiligung von People of Color einfordern. Trotzdem hat die neue Führung nun die Chance, das Land von Trumps Kurs der Spaltung abzubringen und auszusöhnen. Wir sollten hoffen, dass es ihr gelingt. Denn die letzten Monate sind auch eine Mahnung an uns in Europa. Gesellschaftliche Gräben sind schnell ausgehoben, sie wieder zu schließen ist eine weitaus schwierigere Aufgabe.

UND EUROPA?

Die Europäische Union muss sich darauf einstellen, dass die USA zunächst mit sich selbst beschäftigt sein werden. Als starke internationale Akteurin drohen sie, zumindest vorübergehend, auszufallen. Donald Trumps erratische Außenpolitik folgte seinem Wahlspruch „America first“. Er verließ und verletzte internationale Verträge und Institutionen, startete Handelskriege mit China und der EU, stieß Partner vor den Kopf und umarmte demonstrativ Autokraten. Klar ist bereits, dass die Interessenkonflikte zwischen Europa und den USA nicht einfach so verschwinden werden. Das gilt für den Anteil der Rüstungsausgaben am Haushalt ebenso wie für den Umgang mit Chinas Machtansprüchen. Es zeigt sich im Streit über extraterritoriale Sanktionen der USA und über Deutschlands Exportüberschüsse. Um nicht zum Spielball im Konflikt zwischen den USA und China zu werden, muss Europa seine Resilienz und Handlungsfähigkeit stärken. Es reicht nicht aus, das Weltgeschehen mit Kommentaren und Appellen zu begleiten. Angesichts der globalen Herausforderungen und Konflikte braucht es vielmehr klare Positionen, die man auch gemeinsam vertritt. Es braucht mehr politisches Gewicht und die Bereitschaft, die eigene wirtschaftliche Macht einzusetzen, um gemeinsame Werte und Ziele wie Menschenrechte oder Klimaschutz zu untermauern.



Foto:REUTERS/Andrew Kelly

HOFFNUNG AUF BESSERE ZEITEN

Auch wenn sich Interessenkonflikte mit der Abwahl von Donald Trump nicht in Luft auflösen, ist dieses Wahlergebnis für Deutschland und Europa ein riesiger Gewinn. Denn eine zweite Amtszeit hätte die Krise der transatlantischen Beziehungen massiv verschärft, die Erosion der multilateralen Ordnung vorangetrieben und den amerikanisch-chinesischen Wirtschaftskrieg in einen Kalten Krieg 2.0 geführt. Joe Biden hingegen, so viel scheint klar, wird die Politik gegenüber China und Russland ziviler und konstruktiver gestalten. Mit ihm ziehen die Bereitschaft und die Fähigkeit ins Weiße Haus ein, globale Herausforderungen gemeinsam zu lösen. Er hat angekündigt, dem Pariser Klimaabkommen wieder beizutreten und in das Atomabkommen mit dem Iran zurückzukehren. Ein Austritt aus der Weltgesundheitsorganisation (WHO) dürfte ebenfalls vom Tisch sein. Hoffnung gibt es auch für die längst überfällige Reform der Welthandelsorganisation (WTO) sowie für die Abrüstung und Rüstungskontrolle bei der Nachfolge zum New-START-Vertrag.

Der Wahlsieg von Joe Biden ist eine Chance für die multilaterale Ordnung und den globalen Klimaschutz. Europa wird nach dem Inauguration Day im Januar wieder einen Verbündeten und Wettbewerber im Kampf gegen die globale Klimakrise haben. Das ist eine gute Nachricht, denn nur gemeinsam können wir die Jahrhundertherausforderung Klimaschutz bewältigen. Mit dem Team Biden/Harris in Washington D.C. hat die EU wieder echte Partner*innen auf der anderen Seite des Atlantiks. Einfach wird die Zusammenarbeit nicht werden, aber mit diesem Präsidenten ist sie endlich wieder möglich.

www.gruene-bundestag.de/internationale-politik



AGNIESZKA BRUGGER
Stellv. Fraktionsvorsitzende



JÜRGEN TRITTIN

ARBEITSKREISEN

AK EINS

Wirtschaft, Finanzen & Soziales

MIT INVESTITIONEN EINEN MUTIGEN AUFBRUCH INS NEUE

Wir haben mehr als die Corona-Krise zu bewältigen. Familie, Arbeit, Mobilität, Wohnen, Gesundheit, viele alte Muster stehen auf dem Prüfstand, viele alte Systeme geraten unter Druck. Vor allem erzwingt die Klimakrise ein entschiedenes Umsteuern.

Wir benötigen Investitionen in die Energiewende und eine grüne Wasserstoff-Infrastruktur, die Stärkung klimafreundlicher Mobilität und energetischer Gebäudesanierung wie auch eine klimagerechte und resiliente Agrar- und Waldwirtschaft. Die Sicherung digitaler Teilhabe für alle – auch in ländlichen Regionen – zielt auf zeitgemäßes mobiles Arbeiten und Wirtschaften und eine deutlich schnellere Nutzung digitaler staatlicher Angebote. Wir müssen zudem Forschung und Innovationen stärken und den Modernisierungstau an Schulen endlich beenden. Für ein leistungs- und zukunftsfähiges Gesundheitssystem ist es unabdingbar, den jahrzehntelangen Investitionstau in Krankenhäusern und Universitätskliniken endlich aufzulösen. Damit Pflegeleistungen menschenwürdig und wohnortnah erbracht werden können, benötigen wir zusätzliche Investitionen in die Pflegeinfrastruktur. Seit Jahren fehlen Hunderttausende bezahlbare Wohnungen. Ein Infrastrukturprogramm muss die Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau erhöhen, den Bau weiterer bezahlbarer Mietwohnungen ermöglichen und den Städtebau fördern.

Unsere Antwort: Wir fordern einen Investitionsfonds in Höhe von 500 Milliarden Euro für die nächsten zehn Jahre, dessen Mittel auch von Kommunen und Ländern abgerufen werden können. Um hierfür den Kreditspielraum zu erweitern, braucht es eine Reform der Schuldenbremse und des europäischen Stabilitätspaktes. Gerade Nettoinvestitionen, also Investitionen, die das Vermögen des Staates erhöhen, sind sinnvoll über Kredite zu finanzieren. Mit nachhaltigem Wachstum halten wir die gestiegenen Schuldenstände tragfähig. So werden wir es schaffen, den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie und der Klimakrise gleichermaßen zu begegnen.

www.gruene-bundestag.de/zukunftspakt



Foto: Picture Alliance

Umwelt, Energie, Landwirtschaft & Verkehr

AK ZWEI

EU-AGRARREFORM FÄLLT AUS

Der 21. Oktober 2020 war ein schwarzer Tag für die Zukunft unserer Landwirtschaft, für den Artenschutz, für den Klimaschutz. Die EU-Agrarminister*innen um Julia Klöckner haben keinen Systemwechsel, sondern einen Rückschritt beschlossen. Sie wollen in den nächsten Jahren fast 400 Milliarden Euro für weiteres Artensterben, die Zerstörung von Lebensräumen zugunsten der Agroindustrie ausgeben. Eine Agrarwende wird damit für eine ganze Dekade – bis 2030 – verhindert. Auch künftig sollen rund zwei Drittel der Agrargelder ohne ernst zu nehmende Auflagen verschenkt werden. Das nützt vor allem Großgrundbesitzern und Oligarchen. Was wir stattdessen dringend bräuchten, haben unsere Abgeordneten in einem Autor*innenpapier aufgezeigt: Prämien für echte Bäuerinnen und Bauern, die gesellschaftliche Leistungen erbringen. Die Kommission muss jetzt die Notbremse ziehen und einen neuen Vorschlag vorlegen. Zugleich muss die Bundesregierung umsteuern und im bestehenden Rahmen zumindest national das Maximale herausholen: für den Klima-, Umwelt- und Tierschutz, für eine bäuerliche Landwirtschaft. Wir werden auf jeden Fall weiter dafür kämpfen, hier das Maximale herauszuholen.

www.gruene-bundestag.de/gap

STOPP DEM STRASSENBAUWAHN

Das unsinnige und aus der Zeit gefallene Exekutieren jahrzehntelanger Straßenbauprojekte muss schnellstmöglich beendet werden. Dazu gehört der gesamte Bundesverkehrswegeplan auf den Prüfstand. Die Bundesregierung sollte umgehend ein Moratorium für den Neubau von Autobahnen erlassen, damit nicht weiterhin Fakten geschaffen werden. Aber was macht stattdessen die Große Koalition? Unter dem Titel „Mobilität als Rückgrat unseres Wohlstandes sichern – der Forderung nach einem generellen Baustopp für Autobahnen und Bundesstraßen eine Absage erteilen“ diskutierte der Bundestag anlässlich grüner Forderungen, die Verkehrspolitik neu zu denken. CDU, CSU und SPD führten hier eine Debatte aus den 70/80er-Jahren: Autobahnen dienen dem Fortschritt, gar dem Klimaschutz. Dabei ist es offensichtlich, dass viele alte Planungen für Bundesstraßen und Autobahnen wie die A 1, A 20, A 39, A 49, A 100 oder die B 10 und viele andere von der Zeit überholt wurden. Selbstverständlich gibt es im Einzelfall auch sinnvolle Straßenbauprojekte, die etwa gefährliche Ortsdurchfahrten entlasten. Aber die Anforderungen von Klimaschutz und moderner Verkehrspolitik lassen es nicht zu, dass weiterhin Milliarden Euro in neue Straßen verschwendet werden. Wer Straßen baut, wird nichts ernten als neuen Verkehr.

www.gruene-bundestag.de/a49



AK DREI

Bürgerrechte & Demokratie, Rechts- & Gesellschaftspolitik

KLARE RECHTSSTAATLICHE GRUNDLAGEN SCHAFFEN

Die zur Bekämpfung der Corona-Pandemie erforderlichen Maßnahmen brauchen konkrete gesetzliche Grundlagen und klare Voraussetzungen. Das fordern wir seit Beginn der Pandemie. Insbesondere dort, wo es um mögliche Grundrechtseingriffe geht, müssen Ziele, Zwecke, Eingriffsschwellen und Grenzen klar benannt werden. Auch Gerichte teilen zunehmend diese Auffassung. Wir haben mit Erfolg bei der Regierungskoalition darauf gedrungen, dass das am 18. November im Bundestag beschlossene Bevölkerungsschutzgesetz in diese Richtung verbessert wurde. Auf unseren Druck wurden die Beteiligung des Bundestages, die Befristung von Verordnungen und die Pflicht, diese zu begründen, festgezurr – um nur einige Punkte zu nennen. Entgegen den Falschbehauptungen von sogenannten „Querdenkern“ weitet das Gesetz die Befugnisse der Bundesregierung damit nicht aus, sondern grenzt sie ein. Das jetzige Gesetz kann aber nur ein erster Schritt sein. Deshalb haben wir zusätzlich einen Änderungsantrag eingebracht, der weiter gehende Klarstellungen und Forderungen enthält. Dazu zählt, die Belange von Kindern stärker zu berücksichtigen, und das Recht auf ein Mindestmaß an sozialen Kontakten.

www.gruene-bundestag.de/bevoelkerungsschutzgesetz

AUFNAHME VON GEFLÜCHTETEN AUS GRIECHENLAND

Nach dem Brand im Flüchtlingslager Moria auf Lesbos waren im September circa 13.000 Geflüchtete obdachlos und tagelang unversorgt. Dann wurde ein provisorisches Zeltlager auf einem ehemaligen Truppenübungsplatz errichtet. Durch Herbststürme und heftige Regenfälle sind viele Zelte zerstört. Bereits zuvor fehlte es an Betten, Strom und Wasser. Schon vor Ausbruch von Covid-19 waren die Bedingungen in den überfüllten Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln katastrophal. Griechenland will offenbar neu ankommende Geflüchtete durch unwürdige Aufnahmebedingungen abschrecken. So wurde Ende Oktober auch eine Schutz Einrichtung für LGTBI-Flüchtlinge geräumt und alle müssen nun in dem Massenzeltlager leben. Deutschland muss seiner Verantwortung gerecht werden und die sofortige Aufnahme der Geflüchteten in Deutschland und anderen EU-Staaten organisieren. Die bisherigen deutschen Aufnahmezusagen reichen nicht aus. Bundesländer und Kommunen wollen aufnehmen, der Bundesinnenminister muss jetzt handeln. Wir lassen nicht locker und machen weiter Druck auf die Bundesregierung.

www.gruene-bundestag.de/moria

AK VIER

Internationale Politik & Menschenrechte

FÜR EINE FEMINISTISCHE AUSSENPOLITIK

In diesem Jahr feiert die UN-Resolution 1325 zu „Frauen, Frieden, Sicherheit“ ihren 20. Jahrestag und die Pekinger Weltfrauenkonferenz ihr 25. Jubiläum. Für uns war das Anlass, die Bundesregierung im Bundestag aufzufordern, sich für eine feministische Außenpolitik einzusetzen. Schweden hatte vor Jahren unter dem Stichwort „feministische Außenpolitik“ für einen Perspektivwechsel geworben. Nur dort, wo die Rechte aller gesellschaftlichen Gruppen ausreichend in den Blick genommen werden, kann eine gerechte und friedliche Gesellschaft entstehen. Dabei haben unsere Rednerinnen im Plenum immer wieder betont, dass eine Politik, die den Blickwinkel ändert und Frauen gleichberechtigt in die Entscheidungsprozesse einbezieht, allen zugutekommt. Dass sich die Koalitionsfraktionen nicht auf einen Antrag zur Stärkung der Rolle und Sichtbarkeit von Frauen in den internationalen Beziehungen einigen konnten, ist ein Armutszeugnis. Dass manche Redner*innen im Bundestag meinten, das Thema lächerlich machen zu müssen, zeigt, welch weiter Weg auch in Deutschland noch zu gehen ist. Unter dem Stichwort „Feminists Unite“ hatte die grüne Bundestagsfraktion Anfang Oktober im Rahmen einer digitalen Veranstaltung mit internationalen Gästen über feministische und emanzipatorische Errungenschaften der letzten Jahrzehnte diskutiert. Trotz beeindruckender Beispiele prominenter Aktivist*innen wurde auch deutlich, dass all diese Errungenschaften derzeit Gefahr laufen, Populist*innen, unfairen Machtverhältnissen und Strukturen oder einem Krisenmodus wie jetzt unter Corona zum Opfer zu fallen. Es sind immer Frauen- und Minderheitenrechte, die als Erstes angegriffen und ausgehebelt werden. Dabei sind es immer wieder mutige Frauen, die – wie in Belarus oder Polen – für eine liberale Demokratie kämpfen. Sie brauchen unsere Unterstützung.

www.gruene-bundestag.de/feministische-aussenpolitik

AK FÜNF

Wissen, Generationen & Gesundheit

ZUKUNFTSLABOR FÜR DIE NACHHALTIGE GESELLSCHAFT

Wissenschaft und Forschung leisten einen unschätzbaren Beitrag zur Bewältigung der Klimakrise. Gleichzeitig sind sie selbst für den Ausstoß von Treibhausgasen verantwortlich. In der Wissenschaft selbst gibt es bereits zahlreiche Initiativen und Ansätze, den Treibhausgasausstoß zu verringern und als klimaneutrales Beispiel voranzugehen. Bislang fehlt es solchen Initiativen aber oft an politischer Unterstützung und notwendigen Ressourcen, um die volle Wirkung zu entfalten. Wir setzen uns dafür ein, dass Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu Innovationslaboren für eine klimaneutrale Gesellschaft werden, in denen neue, nachhaltige Formen des Forschens, Lernens und Arbeitens erprobt werden können.

www.gruene-bundestag.de/forschung

ABSCHLUSSBERICHT DER ENQUETE KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Die Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“ (KI) des Bundestages hat ihre Handlungsempfehlungen vorgelegt. Wir haben Nachhaltigkeit zum zentralen Thema gemacht und fordern von der Bundesregierung den Einsatz für eine europäische, nachhaltige, zivile und soziale KI. KI kann helfen, große Datenmengen schnell zu verarbeiten, um Zusammenhänge besser zu erkennen und menschliche Entscheidungen zu verbessern. Im Kampf gegen die Klimakrise können wir mit KI Daten besser auswerten und dadurch Ressourcen einsparen. Bei Energie und Verkehr können durch intelligente Netze Energie eingespart und neue Mobilitätskonzepte verwirklicht werden. In der Corona-Pandemie kann KI Gesundheitsdaten nutzen, um das Virus besser zu verstehen und seine Ausbreitung einzudämmen. Dafür sind mehr Investitionen in die Forschung und eine bessere Vernetzung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft erforderlich. Die Bundesregierung müsste sich deutlich stärker für diese Schlüsseltechnologie engagieren.

www.gruene-bundestag.de/ki



Innenstädte retten

Innenstädte und Ortskerne sind das Herz einer jeden Kommune. Sie geben dem Leben eine Bühne, versorgen Menschen mit einer Vielzahl von Waren und Dienstleistungen, bieten kulturellen Austausch. Nicht zuletzt sind sie wichtige Wirtschaftstreiber. Doch unsere Innenstädte und Ortskerne sind in einer tiefen Krise, die die Pandemie noch einmal verstärkt: Steigende Mietkosten, Handelsketten und übermächtige Online-Konkurrenz verdrängen eingesessene Händler*innen und Gewerbetreibende. Auch der Gastronomie und Kulturschaffenden machen sie das Leben schwer. Wie können wir diesen Trend aufhalten? Darum ging es beim digitalen Innenstadt-Gipfel am 11. November. Die Fraktion brachte Verantwortliche aus Politik und Kommunen, Wirtschaft und Verbänden zusammen, um Strategien zu beraten, wie ein weiteres Ladensterben verhindert und die Innenstädte fit für die Zukunft gemacht werden können. Erstes Ergebnis ist ein Katalog von Forderungen an die Bundesregierung, den wir zusammen mit dem Handelsverband Deutschland, der DEHOGA und dem Deutschen Kulturrat in der Bundespressekonferenz vorgestellt haben.

www.gruene-bundestag.de/innenstadt

Foto: Picture Alliance



Opposition in Belarus unterstützen

Seit August protestieren die Menschen in Belarus gegen die massive Fälschung der Präsidentschaftswahl. Immer wieder gehen die Menschen für Demokratie, Freiheit und faire Neuwahlen auf die Straße. Sie widersetzen sich entschlossen dem Staatsterror und der Gewalt des Lukaschenka-Regimes, das von Putin gestützt wird. Anfang Oktober war die belarussische Oppositionsführerin Svetlana Tichanowskaja im Bundestag zu Besuch. Sie warb um internationale Unterstützung für die Demokratiebewegung.

Katrin Göring-Eckardt, Claudia Roth, Annalena Baerbock und Manuel Sarrazin nutzten die Gelegenheit zum Austausch mit ihr. Zusammen mit weiteren Abgeordneten übernahmen sie Patenschaften für politische Gefangene. Auf unsere Initiative hat sich der Bundestag in einem fraktionsübergreifenden Antrag für umfassende, konkrete Hilfe für die Zivilgesellschaft und scharfe Sanktionen gegen das Regime Lukaschenka ausgesprochen. Insbesondere politisch Verfolgte, Studierende und unabhängige Journalist*innen brauchen schnelle und wirksame Unterstützung. Von der Bundesregierung erwarten wir, dass sie unseren Forderungen nun rasch Taten folgen lässt.

www.gruene-bundestag.de/belarus



vlnr: Margarete Bause, Claudia Müller, Claudia Roth, Erhard Grundl, Agnieszka Brugger, Manuel Sarrazin, Franziska Brantner, Foto: Stefan Maak

KATJA DÖRNER



STEPHAN KÜHN

Goodbye & Danke schön

Corona-bedingt in kleinem, aber feinem Kreis fand eine Abschiedsfeier statt: Katja Dörner und Stephan Kühn verlassen die grüne Bundestagsfraktion, knapp zwei Legislaturperioden nach ihrem Einzug in den Bundestag. Äußerst erfolgreiche Kommunalwahlen führen sie als Oberbürgermeisterin nach Bonn, ihn als Baubürgermeister in seine Heimatstadt Dresden.

Katja Dörner hatte als stellvertretende Fraktionsvorsitzende seit 2013 den Arbeitskreis Wissen, Generationen, Gesundheit geleitet. Ihre politische Leidenschaft galt neben der Frauenpolitik insbesondere der Zeitpolitik. Vor allem für die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz machte sie sich stark. Stephan Kühn war als Sprecher für Verkehrspolitik in zwei parlamentarischen Untersuchungsausschüssen daran beteiligt, den Abgasskandal und die Pkw-Maut-Affäre aufzuklären. Janosch Dahmen aus NRW und Wolfgang Wetzel aus Sachsen rücken für sie in den Bundestag nach.

www.gruene-bundestag.de/abgeordnete

Foto: D. Hudson/unsplash

TERMINE

Bis auf Weiteres finden unsere Veranstaltungen ausschließlich digital statt. Gesundheitsschutz und Risikominimierung gehen vor.

100 JAHRE SCHWERBEHINDER- TENVERTRETUNG

Online-Veranstaltung am 14.01.21
AK 1 Koordination
TEL 030/227 51121
ak1@gruene-bundestag.de

STADT-LAND-ZUKUNFT

Online-Diskussion am 18.01.21
AK 2 Koordination
TEL 030/227 59406
ak2@gruene-bundestag.de

Weitere Informationen auf:
www.gruene-bundestag.de/termine
sowie über unsere Newsletter

PUBLIKATIONEN

FLYER

19/62 Abrüsten! Waffen unter
Kontrolle bringen

LEPORELLOS

19/63 Einen guten Start ins Leben

Mehr unter:

www.gruene-bundestag.de/publikationen

BESTELLUNGEN AN:

Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion, Versand,
11011 Berlin oder:
versand@gruene-bundestag.de

profil:GRÜN ist die Zeitschrift der Bundestagsfraktion. Sie erscheint vier Mal im Jahr und kann unter oben stehender Adresse bestellt werden. Die nächste Ausgabe kommt am 15. April 2021 heraus.

ONLINE

Tagesaktuelle Nachrichten, Fraktionsbeschlüsse, Initiativen, Bundestagsreden, Videos und Newsletter auf:
www.gruene-bundestag.de

VIDEOTIPP:

Stark Für Kinderrechte

Kinder sind keine kleinen Erwachsenen, sondern haben eigene Wünsche und Bedürfnisse – und Rechte! Deshalb fordern wir „Kinderrechte ins Grundgesetz“ und erklären mit Ekin Deligöz, warum das so wichtig ist.

www.gruene-bundestag.de/videos/kinderrechte-ins-grundgesetz

Kommentare, Ideen und Fragen gerne in den sozialen Netzwerken:

 twitter.com/GrueneBundestag

 [instagram.com/gruenebundestag](https://www.instagram.com/gruenebundestag)

 [facebook.com/Gruene.im.Bundestag](https://www.facebook.com/Gruene.im.Bundestag)